



Thomas Leitch-Frey, Grossrat SP, Präsident der Kommission Bildung, Kultur und Sport

Der Titel der Initiative ist irreführend.

Die Initiative suggeriert, dass das Aargauer Stimmvolk den Lehrplan 21 ablehnen und sich für eine gute Bildung aussprechen könne. Abgestimmt wird jedoch konkret über einen gänzlich neu formulierten § 13 des Schulgesetzes. Neben einer allgemeinen Aussage, dass sich der Lehrplan an die Kantonsverfassung und das Schulgesetz zu halten habe, was auch der Lehrplan 21 ohnehin tut, stehen im neuen § 13 folgende realitätsfernen Forderungen:

- *Für den Kindergarten soll ein Rahmenlehrplan erstellt werden.*

Rahmenlehrpläne sind Instrumente für die Berufsschulen und Maturitätsschulen, die darauf basierend eigene Lehrpläne ausarbeiten. Für den Kindergarten eignet sich das Instrument nicht.

- *Für die Primarstufe und für die Oberstufe sind die Schulfächer im Gesetz abschliessend aufgezählt, wobei an der Primarstufe per Gesetz nur eine Fremdsprache unterrichtet werden soll.*

Wichtige neue Entwicklungen wie die berufliche Orientierung, politische Bildung, Wirtschaft, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und Technik sind nicht aufgenommen.

- *Der Lehrplan ist in allen Fächern nach Jahrgangsziele zu gestalten.*

Es ist eine Tatsache, dass die Kinder unterschiedlich schnell voranschreiten. Der Lehrplan 21 berücksichtigt diese Tatsache, indem er Grundansprüche definiert, die alle Schülerinnen und Schüler am Ende eines Zyklus erreichen sollen. Die meisten heutigen Lehrpläne geben keine Jahrgangsziele, sondern Stufenziele vor. Vieles wird nicht in einem Jahr gelernt, sondern wird Jahr für Jahr neu aufgegriffen, vertieft und mit zunehmendem Schwierigkeitsgrad und mit neuen Inhalten vermittelt.

Die Initiative verhindert weder die Einführung des Lehrplans 21 noch die Einführung eines kompetenzorientierten Lehrplans, sondern provoziert einen Scherbenhaufen und weitere Unklarheit.

Der Grosse Rat empfiehlt deshalb die Initiative – wie auch die Regierung - mit 94 zu 32 Stimmen zur Ablehnung.

Kurt Schmid, Präsident Aargauischer Gewerbeverband

Vereinheitlichung des Lehrplans erfüllt eine langjährige Forderung der Arbeitsgeber und Lehrbetriebe

Die Vereinheitlichung des Lehrplans ist eine langjährige Forderung der Arbeitsgeber und vor allem der Lehrbetriebe. Dank der Harmonisierung der Ausbildungsziele können die Lehrbetriebe die Leistungen der Schulabgänger besser beurteilen. Die mit dem Lehrplan 21 gewählten Fachbereiche Erstsprache, Fremdsprache, Mathematik und Naturwissenschaft sowie der Einbezug von Fertigkeiten im Bereich der Informationstechnologie sind richtig. Die mit der Digitalisierung eingeleitete Wirtschaftsentwicklung erfordert einen flexiblen Lehrplan. Eine Einengung, wie dies die Initiative mit ihren Vorgaben zementiert, widerspricht der Wirtschaftsentwicklung. Bei der Ausgestaltung des Lehrplans 21 können wir uns als Wirtschaftsverband einbringen. Diese Möglichkeit wollen wir ausschöpfen, aber dazu müssen wir die Initiative ablehnen.

Titus Meier, Grossrat FDP

Gesellschaft und Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erfordern Mobilität

Die Mobilität nimmt in unserem Leben einen grossen Stellenwert ein. Mobilität und Flexibilität sind nicht nur in der Freizeit wichtig, sondern auch für unsere Wirtschaft und damit auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Menschen müssen dort arbeiten können, wo es Arbeitsplätze gibt und sie gebraucht werden. Gerade Eltern werden hier durch die unterschiedlichen Schulsysteme behindert. Wer Kinder im Schulalter hat, überlegt es sich zweimal, den Wohnort zu wechseln und damit den Kindern nebst einem neuen sozialen Umfeld auch ein neues und mitunter ganz anderes Schulsystem zuzumuten. Solche Systembrüche behindern die Mobilität und Flexibilität, welche die heutige Arbeitswelt prägen. Derartige Systembrüche sind schulisch nicht begründbar. Es geht dabei nicht um die Bezeichnung der jeweiligen Schulstufe, sondern um unterschiedliche Lernziele und Lerninhalte. Die Schweiz des 21. Jahrhunderts ist zusammengewachsen und die Mobilität entspricht einem Grundbedürfnis. Eine Annahme der Initiative würde zu einem Aargauer Sonderweg führen, dessen Leidtragende junge Familie und ihre Kinder sind.

Richard Plüss, Gemeinderat, Grossrat SVP

Gegen gesetzliches Korsett und Alleingang

Die Initiative, mit welcher die Initianten versuchen den Lehrplan 21 zu verhindern, ist der absolut falsche Weg. Mit der Festschreibung eines sehr eingeschränkten Fächerkataloges ins Schulgesetz, würden wir Aargauerinnen und Aargauer einen Alleingang wählen und die Schule Aargau blockieren. Fächeranpassungen, welche anhand von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen immer wieder nötig sind, könnten mit der Annahme dieser Initiative nicht mehr flexibel, sondern nur noch mittels Gesetzesänderung vorgenommen werden.

Das Schweizer Stimmvolk hat beschlossen, dass es eine Volksschule will, welche interkantonal harmonisiert ist und die Schulwechsel durch die Mobilität der Familie, oft ausgelöst durch die Wirtschaft, vereinfacht. Man verschreit die Leistungsziele welche im Lehrplan 21 mit Kompetenzen verknüpft sind. Die Wirtschaft und berufliche Ausbildung arbeitet schon lange mit Kompetenzen. Nur wer einen seriösen und vielfältigen Lernaufbau erlebt, verfügt später über breit abgestützte Kompetenzen. Jeder Kompetenzerwerb basiert auf Wissen – Können – Handeln – Vorbild - und Zuverlässigkeit. Deshalb ist diese Initiative unbedingt abzulehnen, denn sie richtet der Schule Aargau nur Schaden an.

Martin Steinacher, Grossrat CVP

Wir wollen gute Lehrpersonen mit einer fortschrittlichen Ausbildung und kostengünstige Lehrmittel

Die Pädagogischen Hochschulen der Deutschschweiz und damit auch jene der Fachhochschule Nordwestschweiz richten ihre Aus- und Weiterbildungsangebote am Lehrplan 21 aus. Bei Annahme der Initiative müsste der Aargau zumindest in Teilbereichen kostenintensive Spezialangebote bestellen, da die Ausbildung zur Lehrperson an der Pädagogischen Hochschule nur noch bedingt für den Aargau passen würde. Mit einer unterschiedlichen Ausbildung ist auch der Austausch der Lehrpersonen schwierig, der bei Personalmangel wichtig ist.

Die neuen Lehrmittel richten sich alle an den harmonisierten Bildungszielen aus. Der Aargau müsste zusätzlichen Aufwand treiben und eigene Lehrmittel anschaffen. Die Entwicklung von Lehrmitteln für einen beschränkten Markt ist aber teuer und wirkt sich auf den Preis aus. Dies wiederum belastet die Gemeinden, welche die Lehrmittel zur Verfügung stellen müssen. Die Initiative ist auch aus Kostengründen klar abzulehnen.

Maja Bally, Grossrätin BDP

Leistungen erfordern WISSEN, KÖNNEN und WOLLEN.

Kinder und Jugendliche wollen lernen und etwas können. Das beginnt schon im Baby-Alter. Kinder und Jugendliche wollen nicht nur «büffeln» und langweilige «Pöstler-Geografie» durchnehmen, sondern entdecken, herausfinden, ausprobieren, sich bestätigen und aktiv sein. Die Kinder und die Jugendlichen mit ihren Eltern wollen keinen Unterricht, der hauptsächlich auf Auswendiglernen basiert. Um im schulischen, im beruflichen und im gesellschaftlichen Leben erfolgreich zu sein, benötigen die Schülerinnen und Schüler WISSEN, KÖNNEN und WOLLEN. Diese zeitgemässe Orientierung am Wissen und Können in der Anwendung ist praxis- und lebensnah. Sie hat sich in der Berufsbildung bewährt und ist dort breit akzeptiert. Kinder und Jugendliche werden mit dem Zusammenwirken von Wissen, Können und Wollen in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft und Umwelt befähigt, Probleme zu lösen und nicht nur auswendig gelerntes Wissen wiederzugeben.

Der Lehrplan ist die Grundlage, um unsere Kinder zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu bilden und somit die Basis für kompetente Berufsleute in einer sich rasch verändernden Welt.

«Ohne Fleiss kein Preis» sagt der Volksmund schon lange. Lernen ist für die Kinder mit Aufwand, Erfolg und gelegentlich mit Frustration verbunden. Neben «Wissen» und «Können» ist «Wollen» als dritter Faktor entscheidend für den Schulerfolg. Darauf hat auch die Erziehung im Elternhaus einen nicht zu unterschätzenden Einfluss.

Philipp Grolimund, Co-Präsident Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Aargau, VSLAG

Für einen zukunftsgerichteten Aargauer Lehrplan auf Basis des LP 21

Ein Lehrplan, als Auftrag an die Schule, als Instrument der Steuerung von Inhalten und Organisation der Bildung muss möglichst zukunftsorientiert sein. Schliesslich soll die Schule den SchülerInnen das nötige Wissen und die erforderlichen Kompetenzen vermitteln, um ihre Zukunft erfolgreich gestalten zu können. Lehrpläne müssen deshalb ständig überarbeitet und auf die Zukunft ausgerichtet werden. Der aktuelle Lehrplan des Kantons Aargau ist in die Jahre gekommen, weshalb der neue Aargauer Lehrplan in Arbeit ist und auf 2020/21 eingeführt wird. Dass er sich dabei am Lehrplan 21 orientiert ist richtig und zwingend - der Bildungsartikel 62 der Bundesverfassung verlangt eine Harmonisierung der Bildungsziele.

Die Initiative gegen den Lehrplan 21 ist rückwärtsgewandt und verschliesst sich der Ausrichtung auf die Zukunft. Als ein Beispiel dazu soll die Informatik erst in den letzten 3 Jahren von 11 Jahren Volksschule unterrichtet werden.

Eine Initiative, welche die Ausrichtung des neuen Aargauer Lehrplans auf die Zukunft verhindert, muss deshalb unbedingt abgelehnt werden.

Co-Präsidium

Bally Maya, Hendschiken, Grossrätin, Fraktionspräsidentin BDP

Dietiker Therese, Aarau, Grossrätin EVP

Grolimund Philipp, Windisch, Co-Präsidium Aargauischer Schulleiterverband

Kälin Irène, Lenzburg, Grossrätin, Fraktionspräsidentin Grüne

Leitch-Frey Thomas, Wohlen, Grossrat SP

Meier Titus, Brugg, Grossrat FDP

Plüss Richard, Lupfig, Gemeindeammann, Grossrat SVP

Portmann-Müller Barbara, Lenzburg, Grossrätin, Fraktionspräsidentin GLP

Schmid Kurt, Lengnau, Präsident Aargauischer Gewerbeverband

Scholl Kathrin, Lenzburg, stv. Geschäftsführerin alv

Steinacher Martin, Gansingen, Grossrat CVP, Vize-Fraktionspräsident CVP

Unterstützende Verbände

AGB Aargauischer Gewerkschaftsbund, Aarau

AGV Aargauischer Gewerbeverband, Aarau

AIHK Aargauische Industrie- und Handelskammer, Aarau

alv Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband, Aarau

UNIA Aargau, Aarau

VASP Verband aargauischer Schulpflegepräsidentinnen und Schulpflegepräsidenten, Aargau

vpod Aargau, Aarau

VSLAG Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Aargau, Aargau

Komitee NEIN zur Aargauischen Volksinitiative
"JA zu einer guten Bildung – NEIN zum Lehrplan 21"

c/o GLP Aargau
Postfach 2818
5001 Aarau

Spenden: Vermerk: «Bildungsbremse - NEIN zur schädlichen Volksinitiative»

Raiffeisenbank, 5612 Villmergen
PC: 50-977-6
BIC: RAIFCH22736
IBAN: CH37 8073 6000 0060 2392 5

Webseite: www.bildungsbremse-ag-nein.ch

Facebook: www.facebook.com/bildungsbremseagnein